bz REGION
BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Bundesrat will sich die Finger nicht verbrennen

Innovationspark Alle Nationalräte beider Basel wollten wissen, wie's weitergeht. «Nicht mein Geschäft», sagt der Bundesrat

VON DANIEL HALLER

Der Bundesrat duscht die Nordwestschweiz kalt: Nein, er wolle nicht darüber berichten, wie er das im letzten Dezember beschlossene Bundesgesetz über Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) in Bezug auf Innovationsparks umsetzen will. Diese Aufgabe habe er der Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) übertragen, schreibt er in der Antwort auf das Postulat von Nationalrat Thomas de Courten (SVP).

Dieses Postulat haben quer durch alle Parteien sämtliche Nationalrätinnen und -räte beider Basel – ausser Maya Graf (Grüne), die sich als Ratspräsidentin enthalten muss – unterschrieben, denn es geht um ein gemeinsames Anliegen der Wirtschaft und der Kantonsregierungen beider Basel: den Schweizer Innovationspark Region Nordwestschweiz.

Region Basel möchte Hubstandort

«Der Bundesrat schiebt die Verantwortung vor sich her. In der Zwischenzeit schlägt die VDK Pflöcke ein und schafft vollendete Tatsachen», kommentiert de Courten die «unbefriedigende Antwort».

Dahinter steht die Sorge, im Tauziehen um die Innovationspark-Standorte könnte die Region Basel den Kürzeren ziehen: Die VDK hat nämlich beschlossen, der Schweizerische Innovationspark solle aus Hub- und Netzwerkstandorten bestehen. Dabei müssten die Hubs im Umfeld der ETH entstehen, also in Zürich und Lausanne. Dies sei beschlossen worden, «ohne darzulegen, ob dies erfolgversprechend ist und ob als entscheidendes Kriterium nicht vielmehr die Qualität und internationale Exzellenz herangezogen werden müsste», argumentieren die Parlamentarier beider Basel in de Courtens Vorstoss. «Die Region Basel beispielsweise erfüllt als eigentliches Innovationszentrum der Schweiz alle Kriterien eines Hubstandortes.»

Parlament ausgeschaltet

Insbesondere stört sich de Courten daran, dass der Bundesrat schreibt, er werde auf der Basis des VDK-Konzepts dem Parlament eine «Finanzierungsbotschaft» vorlegen. Damit wäre das Parlament aus der inhaltlichen Arbeit ausgeschlossen – jenes Parlament, in dem die Nordwestschweiz bisher mit Erfolg lobbyiert hat: Unter tatkräftiger Mithilfe der beiden Mitglieder der Wissenschafts-, Bildungs-und Kulturkommission Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP) und Maya Graf (Grüne) ist es den beiden Basel gelungen, im Gesetz zu verankern, dass der Innovationspark Schweiz nicht ausschliesslich – wie ursprünglich diskutiert – auf dem stillgelegten Militärflugplatz Dübendorf entstehen soll, sondern auf mehrere Standorte verteilt wird. Damit wurde es überhaupt möglich, über Standorte zu diskutieren.

Mit Forschung in Biosensorik, Biomaterialien und Bioinformatik will die Region Basel glänzen. ISTOCK

Bei Innovationen die Nummer 1

«Die Region Basel ist der Innovationsstandort Nummer 1 in der Schweiz», bekräftigt der Basler Volkswirtschaftsdirektor Christoph Brutschin den Anspruch auf einen Hub. Als Mitglied des VDK-Vorstands hält er aber den Ball flach: «Ob Hub oder nicht Hub ist weniger entscheidend als die Frage, was vor Ort geschieht», pflichtet er seinem Berner Amtskollegen Andreas Rickenbacher (siehe «Reaktionen» rechts) bei. Die Haltung des Bundesrats sei kein Grund, sich ins Schneckenhaus zurückzuziehen. Im Gegenteil: «Erste informelle Gespräche mit der ETH Zürich zu diesem Thema haben bereits stattgefunden.»

Auch de Courten als Baselbieter Wirtschaftsförderer geht es «nicht ums Prestige des Namensschilds». Vielmehr wehre sich die Region gegen eine «hierarchische Festlegung», dass in Zürich oder Lausanne beschlossen werde, was in Basel zu entwickeln sei. «Die thematische Ausrichtung des Innovationsparks Nordwestschweiz muss von der Industrie, aber auch von den beteiligten Universitäten, Fachhochschulen und den Kantonen gesteuert werden.»

KONZEPT: EIN CAMPUS FÜR DIE ZUKUNFT

Ein Innovationspark ist **ein Campus, auf dem verschiedene Firmen sowie Hochschulen und private Forschungsinstitute gemeinsam marktfähige Produkte von morgen** und die Technologien von übermorgen entwickeln. Die **Regierungen Baselland und Basel-Stadt und die Handelskammer beider Basel** haben den Verein «Schweizer Innovationspark Nordwestschweiz» gegründet. Präsident ist alt Ständerat René Rhinow. Dieser Verein legte im Juni das Konzept «BEST» vor (bz berichtete). Schwerpunkt des Innovationsparks Nordwestschweiz soll die **Forschung in den Bereichen Biosensorik, Biomaterialien und Bioinformatik** bilden.
Als mögliche Standorte wurden die Areale **Bachgraben** (Allschwil), **Polyfeld** (Muttenz), **Salina Raurica** (Pratteln), **EBM/ABB** (Münchenstein/Arlesheim) sowie die Basler Standorte **Rosental, Klybeck** und **Volta Nord/Lysbüchel** genannt. (DH)

Reaktionen

Entscheidet die VDK alleine, wie das Bundesgesetz bezüglich Innovationsparks umgesetzt wird, **«geht alles nach Zürich oder Lausanne»**, befürchtet die Baselbieter Nationalrätin **Maya Graf.** So habe der Vizepräsident der VDK, der Berner Volkswirtschaftsdirektor Rickenbacher, sich vehement gegen einen Hub Nordwestschweiz gewehrt.

«Ich habe mich nicht gegen die Nordwestschweiz ausgesprochen», stellt **Andreas Rickenbacher** klar. Vielmehr hätten die Basler in der VDK-Sitzung im Juni gefordert, dass auch in Basel ein Hub entstehe. «Da habe ich mich hinter die vom VDK-Vorstand beschlossene Lösung mit zwei Hubs gestellt und gesagt, **dass bei einem allfälligen dritten Hub auch andere Kantone, darunter Bern, Ansprüche anmelden könnten.** Entscheidend ist letztlich, dass in einem Netzwerk **jeder Standort seine Qualität in den Vordergrund** rückt.»

Jean-Michel Cina, Walliser Volkswirtschaftsdirektor und VDK-Präsident, erklärt: «Aus dem Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz – die rechtliche Basis für den Innovationspark –, geht hervor, dass den beiden **ETH eine tragende Rolle** zugestanden werden sollte. Deshalb wurden sie als Hubstandorte für einen Nationalen Innovationspark bestimmt.» Nun würden die Kriterien für die Ausschreibung der Netzwerkstandorte festgelegt. **«Der Innovationspark soll nicht ein Jekami regionalpolitischer Befindlichkeiten werden,** sondern jeder Standort soll einen spezifischen Beitrag zur Exzellenz des Ganzen leisten. **Die Region Basel hat unbestrittenermassen grosses Potenzial, um inskünftig Teil des Innovationsnetzwerks zu werden.»** (DH)

Nachrichten

Verdächtig 16-jähriger Kongolese verhaftet

Ein 16-jähriger Kongolese, der in Zürich eines Tötungsversuchs verdächtigt wird, ist in Basel beim Versuch, nach Frankreich auszureisen, verhaftet worden. Der in Frankreich wohnhafte Minderjährige ist der Zürcher Jugendanwaltschaft übergeben worden. Schweizer Grenzwächter erkannten ihn am Samstagmittag im Bahnhof SNCF in Basel aufgrund einer Fahndung der Zürcher Polizei, wie die Grenzwache gestern mitteilte. Die Tat sei am Samstag zwischen 10.30 und 12 Uhr in der Stadt Zürich begangen worden. (SDA)

Riehen Einheitliche Mittagspausen an Schulen

Mit einem politischen Vorstoss hat eine grosse Zahl von Mitgliedern des Einwohnerrats Riehen die unbefriedigende Situation angesprochen, dass die Mittagspausen der verschiedenen Schulstufen in Riehen nicht aufeinander abgestimmt seien. Der Gemeinderat sagt zu, dass mit dem Lehrplan 21 diese Situation behoben wird. (BZ)

Übermüdete Ärzte KSBL kann Arbeitspläne kontrollieren

In einer Interpellation forderte SVP-Landrat Franz Hartmann die Überprüfung der Arbeitszeiten von Ärzten. Der Regierungsrat antwortet, dass seit dem 1. Januar 2012 das KIGA Baselland die Arbeitszeiten kontrollieren kann. Im KSBL werden die Dienstpläne auf Arbeitsgesetzkonformität überprüft. Im Rahmen eines Projekts sei das KSBL seit April 2013 daran, die Arbeitsgesetzkonformität der Dienstpläne zu überprüfen. Ziel: zulässige Arbeitszeitplanung und die Einhaltung des Gesetzes in der Praxis. Die Umsetzung soll per 1. Januar 2014 erfolgen. (BZ)

Nicht mehr alle Velounterstände brauchen eine Baubewilligung

Lockerung Im Baselbiet sollen nicht mehr alle Velounterstände eine Baubewilligung benötigen: Die Regierung will kleine bis 6 Quadratmeter Fläche und 1,5 Meter Höhe ganz von dieser Pflicht befreien. Über mittelgrosse sollen weiter die Gemeinden entscheiden und über grosse der Kanton. Die Regierung stellt in ihrer gestern publizierten Antwort auf ein EVP-Postulat von 2010 in Aussicht, ihre Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz zu lockern. Sobald die revidierte Verordnung rechtskräftig ist, braucht es also im Baselbiet keine Baubewilligung mehr, wenn ein Velounterstand nicht grösser als sechs Quadratmeter und nicht höher als 1,5 Meter ist – Grenzabstände seien dennoch einzuhalten.

Bis 12 Quadratmeter Fläche und 2,5 Meter Höhe bleiben auch künftig die Gemeinden Bewilligungsinstanz, darüber der Kanton. Ein gänzlicher Verzicht auf Baubewilligungen für Velounterstände bis 12 Quadratmeter würde beachtliche Vollzugsschwierigkeiten bringen, hiess es dazu.

Der Vorschlag soll noch in eine Vernehmlassung gehen. Die Vorlage der Baselbieter Regierung zum Postulat beantragt erst dessen Abschreibung. Im Nachbarkanton Basel-Stadt seien Velounterstände bis 10 Quadratmeter Fläche und 2 Meter Höhe bewilligungsfrei. Doch auch mehrere Baselbieter Gemeinden hätten inzwischen schon liberalere Praxen entwickelt, die gesetzlich nicht abgestützt sind. Pro Velo beider Basel begrüsst den Entscheid, bedauert jedoch, dass Baselland sich nicht gänzlich den Vorlagen des Stadt-Kantons anpasst. (SDA/JAM))

INSERAT

Saison-Start
Herbst/Winter 2013

Ab Samstag, 24. August 2013

Lassen Sie sich von der neuen Kollektion überraschen.

Ein Besuch lohnt sich!

Wir freuen uns
Sie begrüssen zu dürfen.

Basel - Streitgasse 4
Tel.: +41 (0)61 205 16 70
www.monn.com

MONN